
N I E D E R S C H R I F T

Niederschrift Nr. 1

Kreistag

am 29.03.2011

Freiherr-vom-Stein-Saal

Beginn 15:00 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Kreistagsmitglieder

Michael Makiolla (ohne)

Heike Brossat (SPD)

Christel Ciecior (SPD)

Brigitte Cziehso (SPD)

Martina Eickhoff (SPD)

Bernd Engelhardt (SPD)

Hartmut Ganzke (SPD)

Jens Hebebrand (SPD)

Christine Hölling (SPD)

Claudia Isenberg (SPD)

Carsten Jaksch-Nink (SPD)

Wolfgang Kerak (SPD)

anwesend bis 17.00 Uhr

Jürgen Kerl (SPD)

Dirk Kolar (SPD)

Ingrid Kroll (SPD)

Sascha Kudella (SPD)

Ursula Lindstedt (SPD)

Dieter Mendrina (SPD)

Gerd Oldenburg (SPD)
Hans-Jörg Piasecki (SPD)
Theodor Rieke (SPD)
Bärbel Schmidt (SPD)
Heinz Steffen (SPD)
Simone Symma (SPD)
Walter Teumert (SPD)
Brunhilde Weinhold (SPD)
Rüdiger Weiß (SPD)
Manuela Werbinsky (SPD)
Martin Wiggermann (SPD)
Herbert Ziegenbein (SPD)
Wolfgang Barrenbrügge (CDU)
Michael Blandowski (CDU)
Günter Bremerich (CDU)
Marlies Deppe (CDU)
Michael Dobrowolski (CDU)
Peter Dörner (CDU)
Jörg-Uwe Ebner (CDU)
Wilfried Feldmann (CDU)
Claudia Gebhard (CDU)
Ute Gössing (CDU)
Hubert Hüppe (CDU)
Wilhelm Jasperneite (CDU)
Paul-Heinz Kranemann (CDU)
Helmut Krause (CDU)
Gerhard Meyer (CDU)
Elke Middendorf (CDU) anwesend bis 16.45 Uhr
Carl Schulz-Gahmen (CDU)
Martina Plath (CDU)
Ursula Sopora (CDU)
Hubert Zumbusch (CDU)
Hans-Ulrich Bangert (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gudrun Bürhaus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Herbert Goldmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Jochen Nadolski-Voigt (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)
Anke Schneider (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Barbara Streich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gabriele Wentzek (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gero-Heinrich Bangerter (FDP)

anwesend bis 18.45 Uhr

Michael Klostermann (FDP)

Heike Schaumann (FDP)

Sigurd Senkel (FDP)

Wolfgang Schilken (FDP)

anwesend bis 18.50 Uhr

Jana Müller-Simdorn (DIE LINKE.)

Werner Sell (DIE LINKE.)

Dieter Albert (FWG)

Helmut Stalz (FWG)

Helmut Rosenkranz (GFL)

Dr. Matthias Laarmann (GFL)

Für die Verwaltung

Herr Kreisdirektor Stratmann

Herr Dr. Timpe, Dez. II

Herr Sparbrod, Dez. III

Herr Hahn, Dez. IV

Frau Bierwolf-Siegrist, Schriftführerin

Gäste und Zuhörer/innen

Herr Erdmann, Geschäftsführer der SPD-Kreistagfraktion

Herr Pufke, Geschäftsstelle der CDU-Kreistagfraktion

Frau Zemke, Geschäftsstelle der CDU-Kreistagfraktion

Frau Schmidt, Geschäftsführerin der Kreistagfraktion

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Wette, Geschäftsführer der FDP-Kreistagfraktion

Vertreter der Medien

interessierte Zuhörer/innen

weitere Angehörige der Verwaltung

Herr Landrat Makiolla begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Vor Eintritt in die Tagesordnung weist er darauf hin, dass in der heutigen Sitzung wichtige Entscheidungen zu treffen seien, die nachhaltige Auswirkungen auf die Arbeit der Kreisverwaltung und vieler, auf den Kreis Unna angewiesener Institutionen haben werden. Daher begrüße er insbesondere die vielen interessierten Zuhörerinnen und Zuhörer sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Selbsthilfegruppen, der freien Wohlfahrtspflege, Musiker der Neuen Philharmonie Westfalen, Mitglieder der Chöre aus dem Kreisgebiet, Mitarbeiter der Kreisgesellschaften und der Kreisverwaltung.

Sodann geht er auf die Katastrophen in Japan und die Ereignisse in der arabischen Welt ein. Hierdurch werde sich das Leben auch in Deutschland und somit im Kreis Unna verändern. So sei absehbar, dass sich die politischen Gremien des Kreises und der Städte und Gemeinden in den kommenden Jahren noch stärker als bisher mit den Themen Energie und Klimapolitik beschäftigen werden müssen. Heute aber stünde das Gedenken an die Opfer dieser Ereignisse im Vordergrund, daher bitte er darum, sich für einen Augenblick der Stille zu erheben.

Im Anschluss daran stellt er die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des

Kreistages fest. In der gestrigen Sitzung des Kreisausschusses sei vereinbart worden, den Tagesordnungspunkt 20 im öffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln. Er werde somit neuer Tagesordnungspunkt 19 und Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen neuer Tagesordnungspunkt 20. Weitere Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Fragestunde für Einwohner

Punkt 2

Konsolidierung des Haushaltes des Kreises Unna

Punkt 2.1

046/11

Konsolidierungsstrategie für den Kreis Unna;

Beschlussfassung über weitere Konsolidierungsoptionen

Punkt 2.2

045/11

Haushaltskonsolidierungsvorschlag „Änderung der Zugangssteuerung zu Leistungen der Frühförderung sowie zu heilpädagogischen Leistungen“

Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. sowie der FWG-Gruppe vom 09.03.2011

Punkt 2.3

051/11

Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung;

Abschlussbericht von Rödl & Partner GbR zur Untersuchung der „Kosten der Unterkunft“

Punkt 3

035/11

Einwendungen der FWG-Gruppe gegen die Niederschrift der Sitzung des Kreistages am 21.12.2010

Punkt 4

047/11

1. Änderung der Geschäftsordnung des Kreistages des Kreises Unna vom 03.11.2009

Punkt 5

048/11

Besetzung der „Ständigen Kommission ÖPNV“ (SKÖ)

Punkt 6

028/11

Bestellung eines ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedes für den Beirat des Jobcenters Kreis Unna

Punkt 7

050/11

Besetzung des Aufsichtsrates der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH (WVG)

Punkt 8

038/11

Ersatzwahlen

Punkt 9

041/11

Ermächtigungsübertragungen für investive Auszahlungen

Punkt 10

019/11

Fahrzeugförderung (§11 Abs. 2 ÖPNVG NRW) –

Verlängerung der Richtlinie zur Förderung von Fahrzeugen

Punkt 11

022/11

Vorbereitung einer Förderrichtlinie zum Ausbildungsverkehr -

Überführung des § 45a PBefG (alt) in das ÖPNVG NRW §11a (neu)

(Ausgleichsleistungen für die Beförderung von Personen mit Zeitfahrausweisen im Ausbildungsverkehr)

Punkt 12

010/11

Beteiligung des Kreises Unna am Landesprojekt „ILJA - Integration lernbehinderter Jugendlicher in Ausbildung“

Punkt 13

012/11

Errichtung des Bildungsganges „Fachschule für Motopädie“ in Vollzeit- und Teilzeitform am Märkischen Berufskolleg des Kreises Unna in Unna

Punkt 14

020/11

Errichtung einer Fachklasse für den Ausbildungsberuf „Berufskraftfahrer/in“ am Freiherr-vom-Stein Berufskolleg des Kreises Unna in Werne

Punkt 15

031/11

Betriebskonzept Haus Opherdicke

Punkt 16

023/11

Vereinbarung über die Verlängerung des Vertrages zur Übertragung der Pflicht zur Abholung, Sammlung, Beförderung, Lagerung, Behandlung, Verarbeitung oder Beseitigung von tierischen Nebenprodukten mit der SecAnim GmbH, Selm

Punkt 17

002/11

9. Änderungsverfahren (Bereich „Hustebecke“) des Landschaftsplanes Nr. 2 „Raum Werne-Bergkamen“ – Satzungsbeschluss

Punkt 18

037/11

Anzeige von Nebentätigkeiten des Landrates gem. § 18 Korruptionsbekämpfungsgesetz NRW

Punkt 19

039/11

Übernahme einer Ausfallbürgschaft für die Gemeinde Bönen (Inlogparc) zugunsten der

Punkt 20

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 21

052/11

Erstellung eines grundsicherungsrelevanten Mietspiegels und eines Heizspiegels für den Kreis Unna

– Vergabe des Auftrags –

Punkt 22

033/11

Grunderwerb im Bereich der stillgelegten Bahntrasse Unna–Welter zum Bau eines Radweges sowie Erwerb weiterer Flächen von der DB Netz AG

Punkt 23

053/11

Erwerb einer Tauschfläche für den Bau des Radweges entlang der Kreisstraße K 27 in Holzwickede-Opferdicke

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Fragestunde für Einwohner

Fragen von Einwohnerinnen bzw. Einwohnern ergeben sich nicht.

Punkt 2

Konsolidierung des Haushaltes des Kreises Unna

Erörterung

Grundlage für die Beratung sei die Auflistung (s. Anlage 1), die den Mitgliedern des Kreistages heute zugegangen sei, so Herr Landrat Makiolla. Die Abstimmung über dieses Vorgehen sei in der gestrigen Sitzung des Kreisausschusses getroffen worden. Die bereits vorliegenden Sitzungsvorlagen DRSNr. 046/11,

210/10, 045/11 und 051/11 seien Bestandteil der Auflistung und würden in der angegebenen Reihenfolge mit abgestimmt. Der in die Liste aufgenommene Inhalt der Anträge stelle eine Kurzfassung des jeweiligen Inhaltes dar. Es werde aber jeweils über den tatsächlichen Inhalt der Anträge abgestimmt.

Sodann werden die einzelnen Punkte der Auflistung wie folgt beraten und abgestimmt:

Sitzungsvorlage DRSNr. 046/11

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Antrag 1 a

Herr Sell führt für die antragstellende Fraktion DIE LINKE. aus, dass sie von Beginn an gegen die Beauftragung externer Unternehmensberater gewesen seien. Sie seien der Meinung, dass die gleichen Ergebnisse bei politischem Wollen mit der Verwaltung hätten erreicht werden können. Haushaltskonsolidierung könne nicht nur in Kürzungen, gegen die sich DIE LINKE. verwehre, insbesondere im sozialen Bereich oder bei den Personalkosten sondern auch durch Einnahmeverbesserungen geschehen. Daraus resultiere der hier vorliegende Antrag.

Lt. Herrn Engelhardt schlage er für die SPD-Fraktion die Beratung dieses Antrages im zuständigen Fachausschuss und für heute den Verzicht auf eine Abstimmung vor. Bei Ablehnung dieses Vorschlages werde im Abstimmungsverfahren gegen den Antrag gestimmt.

Herr Sell lehnt die Verschiebung der Beratung in den Fachausschuss ab.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich abgelehnt (66 Nein-Stimmen der SPD-, CDU-Fraktion, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP-Fraktion, FWG- und GFL-Gruppe, 2 Ja-Stimmen der Fraktion DIE LINKE.)

Antrag 1 b

Lt. Herrn Sell spreche sich seine Fraktion gegen den mit den hier gemachten Vorschlägen verbundenen Stellenabbau sowie die damit einhergehende Arbeitsverdichtung aus. Für die Bürger und Bürgerinnen bedeutete dies zudem längere Bearbeitungszeiten ihrer Anliegen. In diesem Zusammenhang frage er sich, ob die Kreisverwaltung einen Personalentwicklungsplan habe, der solche Dinge durch Qualifizierungen bzw. Einsatz der Beschäftigten in anderen Bereichen auffange.

Herr Kreisdirektor Stratmann erläutert, dass es bereits seit Jahren Personalentwicklungsmaßnahmen bei der Kreisverwaltung gebe. Er macht dies am Beispiel des Medienzentrums deutlich. Im Kreisausschuss als zuständigem Fachausschuss könne der derzeitige Stand des Konzeptes in einer der nächsten Sitzungen vorgestellt werden.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (66 Ja-Stimmen der SPD-, CDU-Fraktion, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP-Fraktion, FWG- und GFL-Gruppe, 2 Nein-Stimmen der Fraktion DIE LINKE.)

Anträge 2 a – 2 g

Herr Landrat Makiolla macht darauf aufmerksam, dass die im folgenden Bereich „Kosten der Politik“ aufgeführten Anträge der FWG-Gruppe (Nr. 2 a, b, d und f) bereits in der Sitzung des Kreistages am 21.12.2010 behandelt aber nicht abschließend beraten wurden, so dass sie erneut in die Liste der Anträge zur Konsolidierung des Haushaltes aufgenommen worden seien.

Es stünden im Laufe der Beratungen zur Haushaltskonsolidierung Entscheidungen zu Einsparvorschlägen in fast allen Bereichen des kommunalen Handelns an, so Herr Goldmann. Zu kurz komme dabei der Blick auf die Kosten der politischen Gremien. Daher habe die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Anträge für die Aufwendungen gestellt, die derzeit veränderbar seien. Es handele sich vor dem Hintergrund der zu beschließenden Kürzungen um ein wichtiges Signal, Einsparwillen bei den eigenen Kosten zu zeigen. Ausgenommen davon hätte seine Fraktion die Bereiche, für die bestehende Verträge existierten bzw. deren Veränderung in der laufenden Wahlperiode mit unverhältnismäßig hohem Aufwand verbunden sei. Aber auch hier müsse deutlich werden, dass diese Themen mit Blick auf die neue Wahlperiode anzugehen seien.

Herr Stalz erläutert für die FWG-Gruppe, dass sie ja bereits für die Sitzung im Dezember ihre Vorschläge zu Einsparungen bei den Kosten der Politik gemacht hätten mit der Argumentation, dass die Politik mit gutem Beispiel voran gehen müsse. Bei der Diskussion zu den Anträgen sei zudem zu berücksichtigen, dass die im Kreis Unna aufgewendeten Mittel für die politischen Gremien doppelt so hoch seien wie im Landesdurchschnitt. Da die von der FWG-Gruppe gestellten Anträge 2 b und 2 d sich in den Anträgen 2 c und 2 e der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Anträge 2 a und 2 f sich im Antrag 2 g von den Fraktionen der SPD / CDU / DIE LINKE. wieder finde, ziehe er seine Anträge zurück.

Frau Cziehso weist darauf hin, dass alle Konsolidierungsvorschläge mit hoher Sensibilität behandelt würden. Zudem gebe es aufgrund einer Vereinbarung zwischen den Fraktionen bereits einen, wenn auch vom Volumen her geringeren, umgesetzten Einsparvorschlag bei den Kosten der Politik. Für eine weitere Kostenreduzierung um bis zu 203 T€ liege ein sehr ernst gemeinter Prüfauftrag vor, dessen Ergebnisse sich auf die nächste Wahlperiode auswirken sollen. Dieser Prüfauftrag beinhalte sowohl die Reduzierung der Größe des Kreistages als auch die weiteren Bereiche der Kosten der Politik. Da hierbei ein Baustein auf dem anderen aufbaue, sei das Ergebnis abzuwarten, bevor Entscheidungen zu treffen seien.

Im Ältestenrat, so Herr Jasperneite, habe es Vereinbarungen zu diesem Themenbereich gegeben. Hieraus resultiere der vorliegende Prüfauftrag. Sollten jetzt schon Einsparungen erfolgen, müsse dabei berücksichtigt werden, dass der derzeitige Modus der Zuwendungen die kleinen Fraktionen erheblich bevorteile. Dies sei dann den tatsächlichen Gegebenheiten anzupassen.

Herr Senkel führt aus, dass die FDP-Fraktion zu Beginn der laufenden Wahlperiode entsprechende Anträge eingebracht habe, die allesamt abgelehnt worden seien. Zu diesem Zeitpunkt wäre eine Umstrukturierung gut möglich gewesen, die heute kaum mehr umsetzbar sei. Daher werde seine Fraktion nicht zustimmen. Darüber hinaus gebe es für die Wahlperiode bestehende Verträge. Wie auch in anderen Bereichen, die heute so entschieden würden, sei auch hier eine Veränderung erst mit Vertragsablauf anzustreben.

Da die Anträge der FWG-Gruppe zurück gezogen wurden, sind folgende Anträge abzustimmen:

Antrag 2 c

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich abgelehnt	(11 Ja-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FWG- und GFL-Gruppe, 57 Nein-Stimmen der SPD-, CDU-, FDP-Fraktion, Fraktion DIE LINKE.)
------------------------	--

Antrag 2 e

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich abgelehnt	(11 Ja-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FWG- und GFL-Gruppe, 57 Nein-Stimmen der SPD-, CDU-, FDP-Fraktion, Fraktion DIE LINKE.)
------------------------	--

Antrag 2 g

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt	(63 Ja-Stimmen der SPD-, CDU-Fraktion, Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE., FWG- und GFL-Gruppe, 5 Nein-Stimmen der FDP-Fraktion)
-------------------------	--

Anträge 3 a und b

Frau Cziehso erläutert den Antrag der SPD-Fraktion. Für den Kreis Unna sei bis Ende 2012 das Europe-Direct-Büro genehmigt, das als Servicestelle sowohl für die Einwohner als auch die Städte und Gemeinden des Kreises Unna fungiere. Zum Ende dieser Bewilligungszeit sei zu prüfen, inwieweit dieser Service weiter geführt werden solle. Ihre Fraktion plädiere für die Beibehaltung einer 0,5-Stelle für die Wahrnehmung dieser Aufgaben, die im übrigen über die im Antrag der CDU-Fraktion genannten hinaus gingen. So würden z.B. Angelegenheiten des Bereichs Partnerschaften wahrgenommen und hier Fördermittel der EU generiert. Daher erscheine eine Verlagerung zur Wirtschaftsförderungsgesellschaft unangebracht. Zudem werde derzeit die bisherige Koordinierungsstelle für Planungsaufgaben, der die Europaangelegenheiten zugeordnet seien, unter der neuen Bezeichnung „Planung und Mobilität“ umstrukturiert, so dass in diesem Zusammenhang der Aufgabenbereich Europa mitbetrachtet werden könne.

Herr Jasperneite führt aus, dass Europaangelegenheiten seit ca. 10 Jahren als Aufgabe wahrgenommen würden. Seiner Auffassung nach habe dieser Zeitraum gezeigt, dass es nicht gelungen sei, sich auf europäischer Ebene zu profilieren bzw. Projekte in den Kreis zu holen. Nur bei Fortführung der Kofinanzierung bestehe die Bereitschaft, die Aufgabe weiter wahrzunehmen.

Auf Anregung von Herrn Senkel wird der Antrag der SPD-Fraktion dahingehend verändert, dass der Begriff „mindestens“ im letzten Halbsatz gestrichen wird.

Sodann werden die Anträge 3 a und 3 b zur Abstimmung gestellt.

Antrag 3 a

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich abgelehnt (43 Nein-Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE., FWG- und GFL-Gruppe, 25 Ja-Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion)

Antrag 3 b

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (46 Ja-Stimmen der SPD-, der FDP-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FWG- und GFL-Gruppe, 22 Nein-Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE.)

Antrag 4

Herr Hebebrand erläutert kurz den Antrag der SPD-Fraktion. Er weist insbesondere darauf hin, dass sie es für wichtig hielten, dass im Konsolidierungsvorschlag gemachte Einsparziel nicht in der Höhe zu beziffern sondern die Ergebnisse der Beratungen abzuwarten.

Lt. Herrn Schilken sei die FDP-Fraktion erfreut, dass Anträge dazu vorlägen, im Rahmen der Fortschreibung des Nahverkehrsplanes Einsparungen zu erreichen. Im Rahmen der letzten Fortschreibung habe ein Experte des Regionalverbandes Ruhr bereits ein Einsparpotenzial von 185 T€ gesehen. Nun würde das Thema erneut und zwar ergebnisoffen aufgegriffen. Das sei in ihrem Sinne. Daher erhielten die Anträge ihre Zustimmung.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, so Frau Schneider, stehe nicht das Ziel von Einsparungen im Vordergrund. Ihnen ginge es darum, für die Bürger das beste Nahverkehrsangebot zu erreichen. Zudem seien schon bei der letzten Fortschreibung Einsparungen bei den Buslinien nicht gelungen. Ihre Fraktion werde sich daher bei der Abstimmung enthalten.

Frau Cziehso macht noch einmal deutlich, dass die vorliegenden Anträge nicht mit einem festen finanziellen Ziel verbunden sondern ergebnisoffen seien. Es gelte abzuwarten, welche Vorschläge im Laufe dieses Prozesses gemacht würden.

Herr Sell teilt mit, dass die Fraktion DIE LINKE. sich der Argumentation der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN anschließe und sich ebenfalls enthalte.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt (9 Enthaltungen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE.)

Antrag 5

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (48 Ja-Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE., der FWG- und GFL-Gruppe, 20 Nein-Stimmen der CDU-Fraktion)

Anträge 6 a – c

Herr Schilken stellt den Antrag der FDP-Fraktion vor. Seine Fraktion wolle den Standort Lünen in jedem Fall erhalten. Im Sinne der Bürgernähe solle außerdem rechtlich geprüft werden, inwieweit die KFZ-Zulassung auch in weiteren Kommunen des Kreises möglich sei. Dies sei ein Thema für die interkommunale Zusammenarbeit. Auf Nachfrage des Landrates stellt Herr Schilken klar, dass es sich um einen Prüfauftrag handele.

Lt. Herrn Jasperneite entspreche der Vortrag von Herrn Schilken der Intention der CDU-Anträge. Daher sehe er kein Problem darin, wenn die Anträge zusammengefasst würden. Der Antrag zur Dezentralisierung der Zulassung enthalte den durch die EU aufgebrachten Gedanken des einheitlichen Ansprechpartners.

Herr Senkel erklärt, dass aufgrund der deckungsgleichen Zielsetzung der Anträge sich die FDP-Fraktion den Anträgen der CDU-Fraktion anschließe.

Herr Landrat Makiolla verweist auf die bestehende Rechtslage auf der Ebene des Bundes, die eine Aufgabenverlagerung bei der KFZ-Zulassung auf die Kommunen des Kreises derzeit ausschließe. Der Kreis Unna habe in seinem gesamten Aufgabenspektrum bisher alle Möglichkeiten der Dezentralisierung genutzt, soweit eine rechtliche Möglichkeit dazu gegeben war. Zu dem hier erneut aufgegriffenen Thema seien bereits 2004/2005 Gespräche mit den zuständigen Bundesministerien geführt worden. Es sei deutlich geworden, dass eine Veränderung der gesetzlichen Bestimmungen hin zu einer stärkeren Dezentralisierung nicht vorgesehen sei. Vielmehr stünde zu befürchten, dass eine noch stärkere Zentralisierung angestrebt werde.

Antrag 6 b

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (58 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, FDP, FWG- und GFL-Gruppe, 2 Nein-Stimmen der Fraktion DIE LINKE., 8 Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der GFL-Gruppe)

Antrag 6 c

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (63 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und

FDP, GFL-Gruppe, 2 Nein-Stimmen der FWG-Gruppe, 3 Enthaltungen der Fraktionen SPD, DIE LINKE.)

Antrag 7

Es handele sich hierbei um einen Antrag der CDU-Fraktion, der bereits für die Sitzung des Kreistages im Dezember 2010 gestellt worden sei, so Herr Landrat Makiolla. Die Beratung sei in die heutige Sitzung verschoben worden.

Herr Jasperneite erläutert, dass es der CDU-Fraktion weder um eine Privatisierung des Angebots noch um eine externe Vergabe gehe. Vielmehr werde Potential zur Optimierung der Aufgabenerledigung gesehen, das durch eine kostengünstige externe Beratung geprüft werden solle. Die eingeholten Angebote sollten im Ältestenrat vorgestellt und besprochen werden.

Sowohl Frau Cziehso als auch Herr Schilken erklären, dass ihre Fraktionen aufgrund dieser Erläuterung dem Antrag und dem Vorschlag der CDU-Fraktion zur Vorstellung der Angebote im Ältestenrat zustimmen werden.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (59 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, FDP, FWG- und GFL-Gruppe, 9 Nein-Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE.)

Anträge 8 a – d

Die FDP-Fraktion habe sich lt. Herrn Senkel aufgrund des heute ebenfalls zu beratenden Betriebskonzeptes für Haus Opherdicke, das die Erhebung von Eintrittsgeldern mit Beginn der nächsten Ausstellung vorsehe, veranlasst gesehen, unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung der Ausstellungsstandorte den Antrag zu stellen, auch für die Ausstellungen auf Schloss Cappenberg Eintrittsgelder zu erheben. Über den Zeitpunkt des Beginns sei unter fachlichen Gesichtspunkten zu entscheiden. Durch die zu erzielenden Einnahmen werde ein Konsolidierungsbeitrag zu erreichen sein.

Herr Sell führt für die Fraktion DIE LINKE. aus, dass diese Argumentation auch ihrem Antrag zugrunde läge. Für sie sei allerdings wichtig, dass die Eintrittsgelder bereits zu Beginn der nächsten Ausstellung zu zahlen seien und dass ein ermäßigter Eintritt für den im Antrag genannten Personenkreis festgesetzt werde.

Die CDU-Fraktion halte es nach Aussage von Herrn Jasperneite nicht für sinnvoll, dass für Haus Opherdicke vorgesehene Konzept ohne eine Erprobungsphase auf Schloss Cappenberg zu übertragen. Hier werde erstmals für einen Kulturstandort von der bisherigen Vorgehensweise abgewichen. Zudem gehe er davon aus, dass sich in der praktischen Umsetzung Veränderungsbedarf zeigen werde. Aus diesen Überlegungen resultiere der Antrag seiner Fraktion. Weiter sei zu berücksichtigen, dass mit dem Grafen Kanitz als Eigentümer und dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe Verhandlungen über die weitere

Vertragsgestaltung anstünden. Die Frage der Eintrittsgelder könnte in diesem Zusammenhang das falsche Signal sein.

Frau Schneider verweist auf die im Ausschuss für Kultur- und Partnerschaften geführte Diskussion. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN trete ebenfalls für die Einführung von Eintrittsgeldern ein. Dies sei ein erster Schritt zum Erhalt des Ausstellungsstandortes.

Für die SPD-Fraktion sei die Erhebung von Eintrittsgeldern eine nachvollziehbare Tendenz der Zeit und der Haushaltslage geschuldet, so Herr Engelhardt. Allerdings seien die Erfahrungen mit Haus Opherdicke abzuwarten. Dem Prüfauftrag der CDU-Fraktion werde daher zugestimmt.

Lt. Herrn Stalz unterstütze die FWG-Gruppe die Anträge der CDU-Fraktion, da Schloss Cappenberg ein Besuchermagnet sei, der in dieser Form erhalten werden solle.

Herr Senkel ändert den Antrag der FDP-Fraktion dahingehend ab, dass Eintrittsgelder vom Jahr 2012 an erhoben werden sollen. Damit könne seine Fraktion dem Antrag 8 d der CDU-Fraktion folgen.

Antrag 8 a

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich abgelehnt (64 Nein-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, FWG- und GFL-Gruppe, 2 Ja-Stimmen der Fraktion DIE LINKE., 2 Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Antrag 8 b

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich abgelehnt (56 Nein-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, DIE LINKE., FWG- und GFL-Gruppe, 11 Ja-Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, 1 Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Antrag 8 c

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (61 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FWG- und GFL-Gruppe, 7 Nein-Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE.)

Antrag 8 d

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (66 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, FWG- und GFL-Gruppe, 2 Nein-Stimmen der Fraktion DIE LINKE.)

Anträge 9 a – f

Beim Antrag 9 a handele es sich ebenfalls um einen Antrag, dessen Beratung vom Dezember in die heutige Sitzung verschoben worden sei, erläutert der Landrat. Die weiteren Anträge seien zu diesem Sitzungstermin eingegangen.

Die CDU-Fraktion halte ihren Antrag aufrecht, so Herr Jasperneite, da sie dies weiterhin als den richtigen Weg für den Erhalt der Neuen Philharmonie ansehe. So sei eine Festschreibung des Trägerzuschusses für die Dauer von 10 Jahren vorgesehen. Der Kreis Unna solle aber nicht dauerhaft Träger bleiben. Vielmehr werde der Auftrag erteilt, diesen Zeitraum zu nutzen, den Anteil des Kreises auf einen oder mehrere andere Träger zu verlagern. Dies sei der bessere Weg, die Neue Philharmonie langfristig als eigenständige Einrichtung zu erhalten. Alle anderen vorliegenden Anträge hätten die Fusion mit anderen Landesorchestern zum Ziel.

Herr Engelhardt führt aus, dass die SPD-Fraktion für sich den Auftrag sehe, das Orchester langfristig in der bestehenden Qualität für den Kreis Unna zu erhalten. Natürlich müsse jede Einsparmöglichkeit bzw. Verlagerung von Kosten auf weitere Träger ermittelt und umgesetzt werden. Zu berücksichtigen sei dabei, dass 95 Prozent des Zuschusses auf Personalkosten entfielen. Er wisse um die Schwierigkeiten, die mit diesem Auftrag verbunden seien. Seine Fraktion stelle sich dieser Verantwortung. Auch die weiteren Träger Recklinghausen und Gelsenkirchen verfolgten dieses Ziel. Der Antrag der CDU-Fraktion dagegen führe zu einer erheblichen Verunsicherung bei den Orchestermitgliedern. Die Folge könne nur sein, dass insbesondere die Leistungsträger sich nach anderen Engagements umsehen und das Orchester verlassen, was zwangsläufig zu Qualitätseinbußen führen werde. Auch der Antrag der FWG-Gruppe werde abgelehnt, da eine Deckelung des Zuschusses aufgrund tariflicher Bindungen nicht zu realisieren sei.

Lt. Herrn Goldmann handele es sich hier um ein hoch komplexes und sensibles Thema, so dass es ein fatales Signal wäre, einen Beschluss über die Beendigung des Vertragsverhältnisses zu fassen. Es müsse allen Beteiligten klar sein, welche Auswirkungen dies auf die weiteren Träger und die Musiker hätte. Seine Fraktion stelle nicht mögliche Einsparungen in den Vordergrund. Im Sinne einer Quantitäts- und Qualitätssicherung seien Synergien zu prüfen. Dazu müssten u.a. Gespräche mit den weiteren Landesorchestern geführt werden. Sollten sich daraus Einsparmöglichkeiten ergeben, sei dies ein positiver Nebeneffekt. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen gehe er davon aus, dass der Landrat diesen Prüfauftrag gut umsetzen werde.

Herr Landrat Makiolla fragt Herrn Senkel und Herrn Sell, ob eine Behandlung ihrer Anträge bzgl. der Eintrittspreise im Ausschuss für Kultur und Partnerschaften erfolgen könne.

Herr Senkel antwortet darauf, dass er nichts dagegen einzuwenden habe. Wichtig sei ihm der Hinweis, dass auch die FDP-Fraktion im Antrag der CDU-Fraktion ein falsches Signal sehe. Insoweit folge er der Argumentation von Herrn Engelhardt. Der Prüfauftrag zur Fusion sei Bestandteil von zwei weiteren Anträgen, so dass über diesen Teil ihres Antrages heute eine Entscheidung getroffen werde.

Auch die FWG-Gruppe wolle langfristig die Qualität des Orchesters erhalten, so Herr Stalz. Dazu werde mit dem von ihnen eingebrachten Antrag auf Festschreibung des Zuschusses eine langfristige

Planungssicherheit gegeben. Die Schwierigkeiten der Umsetzung seien ihm bewußt. Hier sei die Neue Philharmonie gefordert, Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten.

Herr Sell erklärt, dass die Fraktion DIE LINKE. sich für das Weiterbestehen der Neuen Philharmonie einsetze und sich daher vorstellen könne, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mitzutragen. Zu dem von ihnen eingebrachten Antrag führt er aus, dass die Abonnementkosten sehr niedrig seien und zudem Transportkosten enthielten, so dass die Erhöhung der Eintrittsgelder um 30 Prozent ausgesprochen moderat sei. Dies müsse im Zusammenhang mit der Höhe der Kreisumlage und den in den Kommunen notwendigen Maßnahmen zum Erhalt eigener Einrichtungen gesehen werden. Hier würden wesentlich einschneidendere Erhöhungen von Eintrittsgeldern vorgesehen. Er stimme aber dem Vorschlag zu, die Beratung im Fachausschuss zu führen. Ihre Haltung würden sie aber auch dort weiter vertreten.

Lt. Herrn Dr. Laarmann gehe es hier um die Frage, welche Aufgabe und welchen Sinn Kommunalpolitik in der Finanzierung von Kultur sehe. Kultur gehöre seiner Meinung nach zur Grundversorgung einer zivilisierten Gesellschaft und sei zudem ein hoher Imagefaktor für eine Region, der Menschen zum Zuzug bzw. zum Verbleib veranlasse. Daher plädiere er ebenfalls für den Erhalt des Orchesters und stimme dem Prüfauftrag zu.

Herr Engelhardt ergänzt seine Ausführungen darum, dass sich die SPD-Fraktion eine moderate Erhöhung der Eintrittspreise im Sinne des FDP-Antrages vorstellen könne. Dies solle im Fachausschuss beraten werden.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN könne nach Aussage von Frau Schneider den Prüfauftrag der SPD-Fraktion mittragen, wenn diese bereit sei, den Begriff „Fusion“ aus dem Punkt 1 des Antrages heraus zu nehmen. Bzgl. der Frage der Eintrittspreise seien Vergleiche mit den anderen Spielorten des Orchesters vorzunehmen. Hier gelte es, eine abgewogene Lösung zu finden. Daher werde begrüßt, dass die weitere Beratung dazu im Fachausschuss geführt werden solle.

Es handle sich bei dem Antrag der SPD-Fraktion um einen Prüfauftrag, so Frau Cziehso. Daher sollte kein Bereich ausgeklammert werden. Welche Maßnahmen sich daraus ergäben, sei derzeit noch völlig offen. Die Erhöhung der Eintrittsgelder sei vor dem Hintergrund des Konzerthauses Dortmund ein sensibles Thema. Zur Zeit läge der Abstand zwischen den Preisen bei ca. 40 Prozent. Es müsse darauf geachtet werden, dass ein Unterschied erhalten bleibe.

Herr Schilken betont für die FDP-Fraktion, dass ihr Ziel bei allen Beratungen und Entscheidungen der Erhalt der Neuen Philharmonie sei.

Auf Nachfrage von Herrn Landrat Makiolla wird durch die Antragsteller bestätigt, dass die Anträge 9 c und d im Ausschuss für Kultur und Partnerschaften behandelt und die Anträge 9 e und f gemeinsam abgestimmt werden sollen.

Antrag 9 a

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich abgelehnt (47 Nein-Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, DIE LINKE., FWG- und GFL-Gruppe, 19 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion, 1 Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Antrag 9 b

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich abgelehnt (63 Nein-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, DIE LINKE., GFL-Gruppe, 2 Ja-Stimmen der FWG-Gruppe, 2 Enthaltungen der FDP-Fraktion)

Anträge 9 e und f

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (46 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, DIE LINKE., GFL-Gruppe, 19 Nein-Stimmen der CDU-Fraktion, 2 Enthaltungen der FWG-Gruppe)

Anträge 10 a und b

Herr Senkel begründet den Antrag der FDP-Fraktion. Er weist insbesondere darauf hin, dass es nicht Aufgabe des Kreises sein könne, das in den Kommunen wegbrechende Kulturangebot aufzufangen. Eine Konzentration auf die drei Kultursäulen des Kreises – Schloss Cappenberg, Haus Opherdicke und die Neue Philharmonie – müsse erfolgen. Im Rahmen der Konsolidierungsnotwendigkeiten sei die Bezuschussung kommunaler Kulturprojekte einzustellen. Die Stadt Lünen solle sich um andere Partner bemühen.

Vor dem Hintergrund, so Herr Jasperneite, dass in der letzten Sitzung des Kreistages eine Beibehaltung der Zuschüsse an andere Kulturprojekte bei einer Kürzung um 20 Prozent beschlossen worden sei, müsse im Wege der Gleichbehandlung hier entsprechend verfahren werden. Daraus resultiere der gemeinsame Antrag der Fraktionen SPD und CDU.

Lt. Frau Cziehso handele es sich hier um das einzige Theater im Kreis Unna, wo der Kreis seit einigen Jahren die Chance nutze, mit einer eigenen Vorstellungsreihe Gesicht zu zeigen. Es werde für das Theater schon schwierig genug werden, die beantragte Kürzung umzusetzen.

Herr Dr. Laarmann macht deutlich, dass das Hilpert-Theater das einzige Volltheater im Kreisgebiet sei und nicht auf eine reine Begrenzung auf die Stadt Lünen reduziert werden könne. Es habe durch den vor vier Jahren gegründeten Förderverein eine Verbesserung der Strukturen und eine Einnahmeerhöhung allein im ersten Jahr um 140 Prozent erreicht werden können. Unter den nunmehr positiv veränderten Voraussetzungen sei es für ihn als Mitinitiator und stellvertretenden Vorsitzenden dieses Fördervereins sogar vertretbar, die vorgeschlagene Kürzung des Zuschusses um 20 Prozent mit zu tragen.

Herr Stalz spricht sich für die FWG-Gruppe für den Erhalt der Reihe C am Hilpert-Theater aus. Daher werde

den entsprechend vorliegenden Anträgen zugestimmt.

Das Theater genieße in der Region hohe Anerkennung, so Herr Engelhardt. Unter dem Aspekt einer vielfältigen Kulturlandschaft müsse der Kreis Unterstützung leisten und sich für den Erhalt einsetzen. Mit Blick auf das Umland sei ein solches Angebot im Kreis für die Bürger des Kreises wichtig.

Antrag 10 a

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich abgelehnt (62 Nein-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE., FWG- und GFL-Gruppe, 5 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion)

Antrag 10 b

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt (1 Enthaltung der FDP-Fraktion)

Die Sitzung wird für die Zeit von 17.00 bis 17.15 Uhr unterbrochen. Nach Wiedereintritt in die Sitzung teilt der Landrat mit, dass er auf Wunsch die Beratung des Antrages 22 „Übertragung der Aufgaben der K.I.S.S. an dritte Leistungsanbieter“ vorziehen wolle. Dem wird zugestimmt.

Antrag 22

Herr Kolar führt aus, dass die Arbeit der Selbsthilfegruppen sehr wichtig und zu erhalten sei. Es gebe rd. 260 Selbsthilfegruppen im Kreis, die sich überwiegend selbst organisierten, aber in bestimmten Bereichen dabei eine Unterstützung benötigten. Diese Unterstützung solle weiter bestehen. Zu prüfen sei aber, in welcher Form und unter welchen Voraussetzungen dies geleistet werden solle.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt (2 Enthaltungen der FWG-Gruppe)

Antrag 11

Einleitend zu den gesamten Anträgen aus dem Bereich Soziales teilt Herr Ganzke für die SPD-Fraktion mit, dass der Inhalt der Anträge den Erhalt der Ausrichtung auf einen sozialen Kreis deutlich mache. Der externe Gutachter habe zwar das mögliche Einsparpotenzial aufgezeigt, Aufgabe der Politik sei es aber, die Dinge umzusetzen bzw. auf den Weg zu bringen, die der gesamten Zielrichtung des Kreises entsprächen.

Es müsse deutlich gemacht werden, so Herr Goldmann, dass die Wohlfahrtsverbände eine Vielzahl von Aufgaben wahrnehmen, bei denen man sich darüber streiten könne, ob es sich nicht sogar um Pflichtaufgaben handele, die ansonsten der Kreis selbst erledigen müsse. Nichts desto trotz müssten unter den gegebenen Rahmenbedingungen die erbrachten Leistungen und die Bedingungen belegbar und überprüfbar sein.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Antrag 12

Lt. Frau Cziehso solle mit der Festschreibung des Zuschusses bis 2015 der Frauen- und Mädchenberatungsstelle Planungssicherheit gegeben werden. Gleichzeitig leiste die Beratungsstelle damit einen Konsolidierungsbeitrag, da die Steigerungen der Personal- und Sachkosten während dieses Zeitraums aufgefangen werden müssten.

Herr Jasperneite weist darauf hin, dass es bereits vor einigen Jahren in Zusammenarbeit mit dem Kreis eine Veränderung der Strukturen sowohl bei dieser Beratungsstelle als auch beim Kinderschutzbund und in diesem Zusammenhang eine Deckelung der Zuschüsse gegeben habe. Die Kreispolitik müsse Garant dafür sein, dass die geleistete qualifizierte Arbeit weiter erfolgen könne. Daher solle der Zuschuss bis 2015 in unveränderter Form gewährt werden.

Herr Goldmann führt aus, dass es hier zuerst einmal um einen positiven Antrag gehe. Allerdings sei dabei zu bedenken, dass mit einem unveränderten Zuschuss die Leistungen nur bedingt erbracht werden könnten. Es sei daher vertretbar, in den nächsten Jahren über eine adäquate Leistungsaufstockung nachzudenken. Unter Berücksichtigung aller heute beschlossenen und noch zu beschließenden Einschränkungen könne, auch wenn ihm dies sehr schwer falle, hier nicht anders entschieden werden.

Die FWG-Gruppe sehe bei der Sanierung des Haushaltes ein strukturelles Problem, so Herr Stalz, das durch die vorgesehenen Einsparungen von 8.000 Euro nicht zu lösen sei. Daher werde der Antrag abgelehnt.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt

(62 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, DIE LINKE., GFL-Gruppe, 3 Nein-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FWG-Gruppe, 1 Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Antrag 13

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt

(57 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, FDP, FWG- und GFL-Gruppe, 2 Nein-Stimmen der Fraktion DIE LINKE., 7 Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Antrag 14

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Antrag 15

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Anträge 16 a und b

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN habe sich lt. Frau Wentzek sehr intensiv mit dem Thema Frühförderung beschäftigt. Die Diskussion sei vor dem Hintergrund der Inklusionsdebatte zu führen. Alle Investitionen in die Frühförderung seien unter dem Aspekt zu betrachten, dass sich dadurch ansonsten anfallende Folgekosten für die Weiterentwicklung von Kindern vermeiden lassen. Die Arbeit der Frühförderstelle sei immer sehr innovativ gewesen. Der Einsparvorschlag des Gutachters könne nicht Wille des Kreistages sein, da er langfristig zu Mehrausgaben führen würde. Der neben der Sitzungsvorlage DRSNr. 045/11 vorliegende Antrag von SPD/CDU/FDP ginge allerdings in eine andere Richtung und hätte eine Organisationsveränderung zum Ziel. Beide Anträge müssten wegen der fachlich notwendigen Beratung Thema im zuständigen Fachausschuss sein und sollten nicht heute entschieden werden.

Dass die Frühförderstelle gute Arbeit leiste, sei unbestritten, so Herr Ganzke. Bei dem u.a. von der SPD-Fraktion gestellten Antrag ginge es darum, dass der Kreis als Zuschussgeber in die Lage versetzt werden müsse, auch den Zugang zu den Leistungen zu steuern. Dies könne vom zuständigen Fachbereich der Kreisverwaltung aufgrund des dortigen Konzeptes in der Kinder- und Jugendgesundheitsarbeit ebenfalls als niedrigschwelliges Angebot sichergestellt werden. Hierzu solle eine Zielvereinbarung mit den entscheidenden Gremien abgeschlossen werden.

Herr Jasperneite teilt mit, dass sich die CDU-Fraktion aufgrund des Gutachternvorschlages intensiv mit dem Bereich auseinandergesetzt und Gespräche mit der Frühförderstelle und der Verwaltung geführt habe. Wichtig für sie sei der Erhalt der Qualität der Arbeit, die aber auch bei einer anderen Zugangssteuerung gewährleistet sei.

Frau Schaumann betont, dass es der FDP-Fraktion nicht um eine Kürzung von Leistungen sondern es hier um Strukturveränderungen gehe. Prävention sei immer der bessere Ansatz, um hohe Folgekosten zu vermeiden. Die richtige Diagnosestelle wäre aber der Fachbereich Gesundheit.

Frau Wentzek zieht einen Vergleich zu Hilfeplanverfahren in der Jugendhilfe. Dort entscheide nicht der Kostenträger alleine, sondern alle am Verfahren Beteiligten gemeinsam. Dieser Standard habe sich bewährt und solle auch hier angewendet werden.

Lt. Herrn Hüppe müsse nach Einführung des geänderten Zugangsverfahrens die Entwicklung beobachtet werden. Solle sich ein Bedarf dazu abzeichnen, bestünde jederzeit die Möglichkeit, das Thema im Fachausschuss erneut aufzugreifen und Veränderungsnotwendigkeiten zu prüfen. Im Mittelpunkt müsse immer das Kindeswohl stehen.

Nach Aussage von Herrn Stalz lägen beide Anträge nicht weit auseinander. Der wesentliche Unterschied bestehe bei der Form des Zugangs zu den Leistungen. Doppelkosten und zusätzliche Belastungen für die Antragsteller seien dabei zu vermeiden. Es sei ihm von fachlicher Seite angetragen worden, dass die Niedrigschwelligkeit in einigen Fällen eher bei der Frühförderstelle gegeben wäre. Daraus resultiere der von ihnen mit gestellte Antrag. Er sehe aber auch das vorliegende Einsparpotenzial.

Antrag 16 a

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich abgelehnt (54 Nein-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, FDP, GFL-Gruppe, 12 Ja-Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE., FWG- und GFL-Gruppe)

Antrag 16 b

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (56 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, FDP, FWG- und GFL-Gruppe, 10 Nein- Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE., und GFL-Gruppe)

Antrag 17

Es seien, so Herr Ganzke, zu diesem Thema zahlreiche Resolutionen, Stellungnahmen und Anregungen u.a. von Seniorenorganisationen eingegangen. Diese seien ihnen vor dem Hintergrund der hier oftmals ehrenamtlich geleisteten Arbeit so wichtig, dass sie in den Dialog mit den Beratungsanbietern einfließen sollen, um zu einer breit getragenen gemeinsamen Entscheidung zu kommen.

Die CDU-Fraktion habe lt. Herrn Hüppe in ihren Beratungen zwei Grundsätze berücksichtigt. Zum einen müsse bei diesem Angebot Hilfe und Beratung erreichbar sein, zum anderen dürften keine Irritationen über die richtige Anlaufstelle entstehen. Daher werde die Zusammenführung aller Strukturen für wichtig erachtet. Zudem sei die Realisierbarkeit der aufsuchenden Hilfe zu prüfen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Antrag 18

Es gelte das bereits zum Antrag 12 gesagte, so Frau Cziehso. Auch in diesem Fall könnten für die Erledigung der notwendigen Aufgaben mehr Mittel eingesetzt werden. Aufgrund der Konsolidierungsnotwendigkeiten habe sich die SPD-Fraktion aber auch hier für die Deckelung ausgesprochen.

Herr Goldmann führt aus, dass eine Entscheidung nicht ohne einen Rückblick auf die Haushaltsberatungen im Dezember 2010 getroffen werden könne. Der damals gestellte Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN auf Erhöhung des Zuschusses um die Kosten einer Präventionsfachkraft im Umfang von 25.000 Euro sei abgelehnt worden, da die Kosten gedeckt seien. Das entspräche nicht den Tatsachen. Nur durch Zusage einer Privatperson sei es möglich gewesen, die Kosten für dieses Jahr abzudecken. Werde der Beschluss über die Deckelung getroffen, bedeute dies in dem Fall, dass keine verlässliche Finanzierung dieser Kosten für die Folgejahre sichergestellt sei, dass der Kinderschutzbund in eine Unterfinanzierung gerate. Eine solche Zusage gäbe es zur Zeit nicht, so dass der Beschluss zu finanziellen Unsicherheiten führen müsse. Bei der Wichtigkeit der geleisteten Arbeit könne das nicht sein. Der Kinderschutzbund müsse personell auf die gleiche Grundlage wie das Frauenforum gestellt werden.

Lt. Herrn Jasperneite sei der CDU-Fraktion eine eventuelle Unterfinanzierung nicht bekannt. Auch von Seiten des Kinderschutzbundes gebe es keine solche Mitteilung an sie. Er fragt an, ob der Landrat Kenntnis davon habe. Sollte eine Unterfinanzierung tatsächlich gegeben sein, beantrage er die Verschiebung der Beratung.

Herr Landrat Makiolla teilt mit, dass der Verwaltung davon nichts bekannt sei.

Es bestehe eine gesellschaftliche Verpflichtung, so Herr Stalz, die vom Kinderschutzbund vorbeugend geleistete Arbeit ohne Deckungslücken sicherzustellen, um soziale Folgekosten zu vermeiden. Daher werde die FWG-Gruppe dem Antrag nicht zustimmen.

Aufgrund des Vorgetragenen ziehe er für die Fraktion DIE LINKE. den Antrag zurück, so Herr Sell.

Frau Cziehso macht deutlich, dass ihrer Fraktion im Dezember die Information vorgelegen habe, dass die Präventionsfachkraft durch Spendengelder finanziert sei. Seit Bezuschussung des Kinderschutzbundes durch den Kreis Unna habe es zudem immer weitere Zuschüsse von anderer Stelle zur Ausfinanzierung der Leistungen gegeben. Wie bereits gesagt, wäre es natürlich wünschenswert, für alles, was möglich und sinnvoll sei, Mittel zur Verfügung zu stellen. Dies gelte aber auch für alle anderen bezuschussten Einrichtungen. Unter den gegebenen Umständen halte sie das im Moment nicht für möglich.

Er habe im vergangenen Jahr viele Gespräche mit der Vorsitzenden des Kinderschutzbundes geführt, so Herr Steffen. Die reguläre Arbeit sei durch den Zuschuss des Kreises ausfinanziert. Zusätzlich seien immer Sonderprojekte durchgeführt worden, die aus Sonderfinanzierungen gedeckt würden. Er halte es auch für die Zukunft für möglich, hierfür Zuschüsse von anderer Seite zu erhalten. Der Deckelung des Kreiszuschusses stünde somit nichts entgegen.

Lt. Herrn Goldmann könne es nicht dem Anspruch und dem Ansatz entsprechen, bei Eintreten einer Unterfinanzierung zusätzliche Mittel beschaffen zu müssen. Er sehe die Pflicht, die Erledigung dieser Aufgaben, die zum Teil Aufgaben der öffentlichen Hand seien, sicherzustellen. Ansonsten stehe eine ähnliche Entwicklung wie bei Wildwasser zu befürchten, die letztendlich zur Einstellung der Arbeit geführt habe. Augenscheinlich bestehe hier ein Informationsdefizit. Die Verwaltung werde aufgefordert, weitere Informationen einzuholen und diesen Punkt zu einem späteren Zeitpunkt erneut zur Abstimmung zu stellen.

Für Frau Wentzek erbringe der Kinderschutzbund Leistungen, auf die ansonsten ein Rechtsanspruch gegen

die Jugendämter bestehe und die von diesen zu finanzieren seien. Sie erwarte daher eine Klarstellung seitens der Verwaltung.

Herr Landrat Makiolla betont, dass der Kreis als Träger der Jugendhilfe in den Kommunen Bönen, Fröndenberg und Holzwickede alle Rechtsansprüche von Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden erfülle. Ansonsten läge ein pflicht- und rechtswidriges Verhalten vor, dass unter Umständen zu strafrechtlichen Konsequenzen führen würde. Alle Rechtsansprüche könnten sich nur gegen den Träger der Jugendhilfe richten und nicht gegen Institutionen, die im Bereich der Jugendhilfe tätig sind.

Herr Jasperneite weist darauf hin, dass der vorliegende Antrag zum Inhalt habe, einen Beschlussvorschlag für die Sitzung des Kreistages im Oktober 2011 zu erarbeiten. Sollten sich bis dahin neue Erkenntnisse ergeben, die eine Änderung der Zuschussgewährung notwendig machten, sei eine andere Entscheidung immer noch möglich. Unter dem heutigen Kenntnisstand könne aber kein anderer Beschluss getroffen werden.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (55 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, FDP, GFL-Gruppe, 11 Nein-Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE., FWG-Gruppe)

Antrag 19

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Antrag 20

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (57 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, FDP, FWG- und GFL-Gruppe, 2 Nein-Stimmen der Fraktion DIE LINKE., 7 Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Antrag 21

Frau Cziehso erläutert kurz den Antrag. Aufgrund der räumlichen Nähe zwischen Bergkamen und Lünen solle die Möglichkeit der Aufgabenverlagerung nach Lünen geprüft werden.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (36 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, FDP, GFL-Gruppe, 11 Nein-Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE., FWG-Gruppe, 19 Enthaltungen der CDU-Fraktion)

Antrag 23

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt (2 Enthaltungen der Fraktion DIE LINKE.)

Antrag 24

Auf Antrag der SPD-Fraktion wird die Beratung des Antrages in den Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz verschoben.

Antrag 25 / Sitzungsvorlage 051/11 / Antrag 26

Der Landrat teilt mit, dass er bereit sei, den Antrag der FDP-Fraktion in die Sitzungsvorlage zu übernehmen. Des weiteren schlägt er vor, die Anträge zu diesem Themenbereich gemeinsam mit der Sitzungsvorlage abzustimmen, da die Intentionen gleich seien.

Frau Wentzek kann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN diesem Vorschlag nicht folgen. Der Gutachternvorschlag sei in der Sitzungsvorlage um eine weitere Aufgabe erweitert worden, die sie getrennt behandelt wissen möchte. Zudem sei das Thema Bildungs- und Teilhabepaket nicht im zuständigen Fachausschuss behandelt worden. Das sei für sie nicht nachvollziehbar, da es um weitreichende strukturelle Aufgabenveränderungen gehe.

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass es eine Vereinbarung im Ältestenrat dazu gegeben habe, dass die Gutachternvorschläge nicht in den Fachausschüssen sondern in der Finanzstrukturkommission und den Fraktionen bzw. Gruppen behandelt werden. Daran habe er sich gehalten.

Herr Senkel erklärt sich mit der Übernahme des Antrages der FDP-Fraktion in die Sitzungsvorlage einverstanden.

Aufgrund der Diskussion sei davon auszugehen, dass mit Ausnahme des Bildungs- und Teilhabepaketes der Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage 051/11 unstreitig und identisch mit den Anträgen 25 und 26 sei, so der Landrat. Die Abstimmung könne daher zusammen erfolgen. Über den Vorschlag zum Bildungs- und Teilhabepaket werde im Anschluss gesondert abgestimmt.

Beschluss

1. Der Landrat wird beauftragt, als Grundlage für angemessene Unterkunftskosten nach SGB II und SGB XII einen grundsicherungsrelevanten Mietspiegel nach vergaberechtlichen Grundsätzen extern erarbeiten zu lassen.
2. Des Weiteren wird der Landrat beauftragt, als Grundlage für angemessene Heizkosten nach SGB II und SGB XII auch einen kommunalen Heizspiegel nach vergaberechtlichen Grundsätzen extern erstellen zu lassen.
3. Im Fachbereich Arbeit und Soziales ist unverzüglich befristet für 2 Jahre eine 0,5 Stelle des gehobenen

Dienstes einzurichten und im Stellenplan 2012 verbindlich zu verankern. Der Tätigkeitsumfang dieser Stelle umfasst die

- Optimierung des kreisseitigen (Fach-)Controllings bzw. die stärkere Verzahnung des Kreises Unna mit dem Jobcenter (siehe Abschlussbericht von Rödl & Partner),
- Unterstützung der Kreisvertreter in der Trägerversammlung und im Beirat sowie die Betreuung des Unterausschusses SGB II des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Familie.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Es sei nunmehr darüber abzustimmen, ob für die Organisation des Bildungs- und Teilhabepaketes eine halbe Stelle eingerichtet werde, so der Landrat. Er halte die Einrichtung für unerlässlich, da ansonsten eine Administration dieser wichtigen Aufgabe nicht möglich sei. Zudem entstünden dem Kreis für diese Stelle keine Kosten, da sie aus Bundesmitteln finanziert werde.

Herr Nadolski-Voigt weist darauf hin, dass auch an anderer Stelle der Beratungen eine Verweisung von Anträgen in den Fachausschuss für richtig gehalten und beschlossen worden sei. Da er hier noch umfangreichen Beratungs- und Gesprächsbedarf z.B. mit den kreisangehörigen Kommunen oder dem Jobcenter sehe, halte er eine Verschiebung in den Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie für dringend geboten.

Herr Sparbrod teilt dazu mit, dass das Bildungs- und Teilhabepaket heute veröffentlicht und damit in Kraft getreten sei und die ersten Anträge bereits vorlägen. Für die Abwicklung sei das Jobcenter, aber für die Organisation des Prozesses der Kreis zuständig. Damit die Bearbeitung starten könne, müsse der Organisationsprozess dringend erfolgen. Nur aus diesem Grund sei dieser Punkt Bestandteil der Sitzungsvorlage geworden.

Der Landrat bittet, den Zeitdruck zu entschuldigen. Bedingt durch die kurze Zeitspanne zwischen Bekanntwerden und Inkrafttreten der Vorschriften bestehe die Handlungsnotwendigkeit jetzt. Aufgrund des FDP-Antrages, den er in Bezug auf die Befristung auch hier übernommen habe, werde es vor Ablauf der zwei Jahre eine Überprüfung der Entwicklung und Fortführung dieser Aufgabe geben.

Beschluss

Im Fachbereich Arbeit und Soziales ist unverzüglich befristet für 2 Jahre eine zusätzliche 0,5 Stelle des gehobenen Dienstes einzurichten und im Stellenplan 2012 verbindlich zu verankern. Der Tätigkeitsumfang dieser Stelle umfasst die Organisation und Koordination des „Bildungs- und Teilhabepaketes“.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt

(57 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, FDP, FWG- und GFL-Gruppe,
2 Nein-Stimmen der Fraktion DIE LINKE., 7 Enthaltungen der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anträge 27, 28 und 29

Herr Klostermann verweist auf die heute beschlossenen Verschiebungen von Beratungen in die Fachausschüsse. Aufgabe des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen sei u.a. die Auseinandersetzung mit den Unternehmen, an denen der Kreis Anteile halte. Hier sei es insbesondere für die kleineren Fraktionen und Gruppen schwierig, die notwendigen Informationen, auch im Zusammenhang mit den Gutachternvorschlägen, zu erhalten, da sie in der Regel nicht in den Gesellschaftsgremien vertreten seien. Im Ausschuss habe es eine Vereinbarung darüber gegeben, dass die Geschäftsführer der Unternehmen in einer Ausschusssitzung Stellung nehmen sollen. Dies sei nicht erfolgt. Daher habe sich die FDP-Fraktion veranlasst gesehen, diesen Antrag zu stellen. Inzwischen sei der Punkt 1 des Antrages erledigt und werde zurück gezogen.

Frau Cziehso führt aus, dass das Gutachten zur Wirtschaftsförderungsgesellschaft Kreis Unna mbH (WFG) verschiedene Maßnahmen beschreibe, mit denen der Wegfall des Kreiszuschusses zu erreichen sei. Vor geraumer Zeit habe die WFG ihre Strukturen hin zu einem größeren Solidaritätsgedanken, verbunden mit höheren Unwägbarkeiten verändert. Würde dem Gutachten gefolgt, würden sich diese Unwägbarkeiten verstärken oder die Leistungen der WFG dermaßen verteuern, dass die bisherigen Nutzer sie nicht mehr annehmen können. Es dürfe nicht Ziel sein, ein solches Paradebeispiel interkommunaler Zusammenarbeit dem Untergang zu weihen. Auch eine Verschiebung der Beratung in die Sitzung des Kreistages im Juni sei ein falsches Signal in Richtung WFG.

Bei der Unnaer Kreis-, Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH (UKBS) halte der Kreis nur einen Anteil von 25 Prozent. Der Rest verteile sich auf die kreisangehörigen Kommunen. Im Aufsichtsrat der UKBS seien die Einsparvorschläge beraten und abgelehnt worden. Es mache daher keinen Sinn, diesen Bereich erneut zu beraten, da eine Änderung der Entscheidung durch die Vertreter des Kreises in der UKBS nicht zu erreichen sei.

Folgen könne sie der Haltung der FDP-Fraktion bzgl. der Berichterstattung der Geschäftsführer im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen. Das halte sie für gerechtfertigt.

Unabhängig über die Form der Abstimmung über die vorliegenden Anträge, so erklärt Herr Jasperneite, werde die CDU-Fraktion dem Vorschlag des Gutachters bzgl. der WFG nicht folgen. Das Einsparvolumen von 500 T€ werde nicht gesehen. Vielmehr gebe er die feste Zusage, dass die Finanzierung der WFG durch sie auch zukünftig sichergestellt sei.

Herrn Goldmann sei unter dem Aspekt, dass nach Aussage seiner Vorredner durch die Vorschläge des Gutachters der Bestand der WFG massiv gefährdet sei, völlig unverständlich, warum der Geschäftsführer nicht die Zeit bis heute genutzt habe, auf alle politisch Beteiligten zuzugehen und darzulegen, aus welchen Gründen die Vorschläge nicht umsetzbar seien. Er sehe daher die Notwendigkeit, dass der Geschäftsführer in der nächsten Sitzung des Fachausschusses Stellung zu diesen Fragen nähme und die Beschlussfassung in den Juni zu verschieben. Unabhängig davon trete die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für den Erhalt der Gesellschaft ein und sichere der WFG die weitere finanzielle Unterstützung zu.

Herr Senkel stellt klar, dass die FDP-Fraktion wegen des bestehenden Beratungsbedarfes diesen Antrag gestellt habe und um damit in die Lage versetzt zu werden, eine sachgerechte Entscheidung zu treffen.

Daher werde der Teil des Antrages, der die WFG betreffe, aufrecht erhalten.

Lt. Herrn Stalz habe der Gutachter seine Vorschläge mit einem Zeitrahmen bis 2015 versehen. Daher bestünde kein Zeitdruck, so dass er aufgrund des angemeldeten Beratungsbedarfes seinen Antrag zurück ziehe.

Herr Sell erklärt, dass er sich dem Beratungsbedarf anschließe und kündigt einen Antrag zu diesem Thema für die nächste Sitzung des Kreistages an.

Der Landrat weist die Äußerungen zurück, dass es keinerlei Informationen zu den Kreisgesellschaften im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen gegeben habe. Zudem habe er bei Vorlage des Gutachtens erklärt, dass sowohl die Dezernenten als auch die Geschäftsführer für die Information der Fraktionen und Gruppen bereit stünden. Dieses Angebot sei zum Teil auch angenommen worden.

Sodann erfolgt die Abstimmung der verbleibenden Anträge.

Antrag 27 Punkt 2

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich abgelehnt	(50 Nein-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, DIE LINKE., 12 Ja-Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, 4 Enthaltungen der FWG- und GFL-Gruppe)
------------------------	--

Antrag 29

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich abgelehnt	(48 Nein-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, 17 Ja-Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, DIE LINKE., 1 Enthaltung der FDP-Fraktion)
------------------------	---

Abschließend macht Herr Landrat Makiolla darauf aufmerksam, dass alle bisher nicht behandelten Konsolidierungsvorschläge der Berater nicht mehr Gegenstand weiterer Beratungen seien. Es würden nur noch die Dinge weiterverfolgt, die im Rahmen beschlossener Prüf- bzw. Arbeitsaufträge an die Fachausschüsse bzw. den Kreistag verwiesen wurden oder durch die Verwaltung zu erledigen seien.

Punkt 2.1

046/11

Konsolidierungsstrategie für den Kreis Unna;

Beschlussfassung über weitere Konsolidierungsoptionen

s. Tagesordnungspunkt 2

Punkt 2.2

045/11

Haushaltskonsolidierungsvorschlag „Änderung der Zugangssteuerung zu Leistungen der Frühförderung sowie zu heilpädagogischen Leistungen“

Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. sowie der FWG-Gruppe vom 09.03.2011

s. Tagesordnungspunkt 2

Punkt 2.3

051/11

Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung;

Abschlussbericht von Rödl & Partner GbR zur Untersuchung der „Kosten der Unterkunft“

s. Tagesordnungspunkt 2

Punkt 3

035/11

Einwendungen der FWG-Gruppe gegen die Niederschrift der Sitzung des Kreistages am 21.12.2010

Beschluss

Die Niederschrift der Sitzung des Kreistages am 21.12.2010 wird unter Tagesordnungspunkt 7 dahingehend abgeändert, dass auf der Seite 22 im dritten Absatz der Satz „Der Fortführung werde zugestimmt“ gestrichen wird.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 4

047/11

1. Änderung der Geschäftsordnung des Kreistages des Kreises Unna vom 03.11.2009

Erörterung

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass es in der gestrigen Sitzung des Kreisausschusses eine Anregung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu einer weiteren Änderung der Geschäftsordnung gegeben habe. Ein entsprechender Formulierungsvorschlag sei in die allen zugegangene ergänzte Anlage zur Sitzungsvorlage eingearbeitet worden.

Beschluss

Die 1. Änderung der Geschäftsordnung des Kreistages des Kreises Unna vom 03.11.2009 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 5

048/11

Besetzung der „Ständigen Kommission ÖPNV“ (SKÖ)

Beschluss

Ergänzend zu dem am 29.11.1995 (Beschlussvorlage 202/95) gefassten Beschluss des Kreistages werden

Herr Wolfgang Barrenbrügge (CDU),
Herr Wolfgang Schilken (FDP) und
Herr Werner Sell (Die Linke.)

als weitere Mitglieder der „Ständigen Kommission ÖPNV“ (SKÖ) gewählt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 6

028/11

Bestellung eines ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedes für den Beirat des Jobcenters Kreis Unna

Beschluss

Für die Mitgliedschaft im Beirat des Jobcenters Kreis Unna werden folgende Personen benannt:

- | | |
|--------------------------------|---------------------------------|
| a) ordentliches Mitglied: | Herr Siegfried Pogadl (SPD) |
| b) stellvertretendes Mitglied: | Herr Paul-Heinz Kranemann (CDU) |

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 7

050/11

Besetzung des Aufsichtsrates der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH (WVG)

Beschluss

In den Aufsichtsrat der WVG werden für die Dauer der Wahlzeit des Kreistages entsandt:

Herrn Landrat Michael Makiolla

Herrn Bürgermeister Werner Kolter

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 8

038/11

Ersatzwahlen

Erörterung

Es gebe eine Ergänzung des Beschlussvorschlages um einen Punkt 7, so der Landrat. Die Fraktion DIE LINKE. habe mitgeteilt, dass Herr Harald Böhm-Rother aus dem Beirat für Feuerwehr und Bevölkerungsschutz ausscheide und als Nachfolger Herrn Jan van den Akker vorgeschlagen.

Beschluss

1. Herr Jörg Schindel wird für den Beirat der Justizvollzugsanstalt Schwerte benannt.
 2. Herr Andreas Wette und Herr Michael Klostermann werden zu stellvertretenden Mitgliedern in den Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz,
 3. Herr Gero Heinrich Bangerter wird zum stellvertretenden Mitglied in den Ausschuss für Kultur und Partnerschaften,
 4. Frau Christel Kleefeld wird zum ordentlichen Mitglied in den Gleichstellungsausschuss
 5. Herr Rainer Seepe wird zum ordentlichen Mitglied in den Beirat für Feuerwehr und Bevölkerungsschutz
 6. Herr Marco Morten Pufke wird zum ordentlichen Mitglied und Frau Sibylle Weber zum stellvertretenden Mitglied in den Bau- und Technikausschuss und
 7. Herr Jan van den Akker wird zum ordentlichen Mitglied in den Beirat für Feuerwehr und Bevölkerungsschutz
- gewählt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 9

041/11

Ermächtigungsübertragungen für investive Auszahlungen

Erörterung

Herr Jasperneite erläutert, dass die CDU-Fraktion die Ausführungen zur Kenntnis nehme, sie aber weiterhin

dem Jugendgästehaus in der Ökologiestation ablehnend gegenüber stünden.

Die Übersicht der Ermächtigungsübertragungen für investive Auszahlungen vom Haushaltsjahr 2010 zum Haushaltsjahr 2011 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 10

019/11

Fahrzeugförderung (§11 Abs. 2 ÖPNVG NRW) –
Verlängerung der Richtlinie zur Förderung von Fahrzeugen

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, die Richtlinie zur Fahrzeugförderung aus den Jahren 2008 ff. (vgl. Sitzungsvorlage 135/08) bis zum 31.12.2011 zu verlängern.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 11

022/11

Vorbereitung einer Förderrichtlinie zum Ausbildungsverkehr -
Überführung des § 45a PBefG (alt) in das ÖPNVG NRW §11a (neu)
(Ausgleichsleistungen für die Beförderung von Personen mit Zeitfahrausweisen im Ausbildungsverkehr)

Der Sachstandsbericht zu den Ausgleichsleistungen für die Beförderung von Personen mit Zeitfahrausweisen im Ausbildungsverkehr wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 12

010/11

Beteiligung des Kreises Unna am Landesprojekt „ILJA - Integration lernbehinderter Jugendlicher in Ausbildung“

Erörterung

Herr Wiggermann führt aus, dass es auch in Zeiten härtester Sparbemühungen wichtig und erstrebenswert sei, Sozialpolitik, hier über Bildungspolitik, weiter zu betreiben. Ziel dieses Projektes sei, Jugendliche mit Lernbehinderung in Ausbildung und darüber in eine Beschäftigung zu bringen, die ansonsten keinerlei bzw. nur geringste Chancen auf dem Arbeitsmarkt hätten. Er sehe daher Handlungsbedarf, der es rechtfertige einen Eigenanteil in das Projekt einzubringen. Vergleichbare Konzepte würden seit Jahren vom Kreis auf den

Weg gebracht.

Beschluss

1. Der Kreis Unna beteiligt sich am Landesprojekt „ILJA“ zu den in der Vorlage genannten Bedingungen.
2. Der Landrat wird beauftragt, einen entsprechenden Zuwendungsantrag zu stellen.
3. Über das Projekt ist regelmäßig im Schulausschuss zu berichten.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 13

012/11

Errichtung des Bildungsganges „Fachschule für Motopädie“ in Vollzeit- und Teilzeitform am Märkischen Berufskolleg des Kreises Unna in Unna

Beschluss

Zum Schuljahr 2011/12 wird am Märkischen Berufskolleg des Kreises Unna in Unna der Bildungsgang „Fachschule für Motopädie“ nach Anlage E der APO-BK in Vollzeit- und Teilzeitform errichtet.

Der Landrat wird beauftragt, die erforderliche Genehmigung einzuholen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 14

020/11

Errichtung einer Fachklasse für den Ausbildungsberuf „Berufskraftfahrer/in“ am Freiherr-vom-Stein Berufskolleg des Kreises Unna in Werne

Beschluss

Zum Schuljahr 2011/12 wird am Freiherr-vom-Stein Berufskolleg des Kreises Unna in Werne eine Fachklasse für den Ausbildungsberuf „Berufskraftfahrer/in“ nach Anlage A 1 der APO-BK errichtet.

Der Landrat wird beauftragt, die erforderliche Genehmigung einzuholen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 15

031/11

Betriebskonzept Haus Opherdicke

Erörterung

Herr Landrat Makiolla erläutert, dass er den zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion in vollem Umfang und den Antrag der Fraktion DIE LINKE. bzgl. der Änderung der Begrifflichkeiten in „Menschen im Bundesfreiwilligendienst“ übernommen habe. In der gestrigen Sitzung des Kreisausschusses sei zu dem Antrag der CDU-Fraktion vereinbart worden, dass mit der Formulierung „Wirtschaftsplan“ nicht ein Wirtschaftsplan im rechtlichen Sinne sondern die Darstellung der entsprechenden Zahlen im Budgetplan gemeint sei.

Frau Schneider erinnert an den Hinweis, den sie in der gestrigen Sitzung dazu gegeben habe, dass der Preis für die Familienkarte verringert werden solle, da er ansonsten nur Familien mit Kindern über 14 Jahren zu Gute käme.

Der Landrat sichert die Verringerung des Preises der Familienkarte zu.

Sodann wird mit Herrn Sell vereinbart, den Teil des Antrages seiner Fraktion, der nicht durch den Landrat übernommen wurde, im Ausschuss für Kultur und Partnerschaften zu beraten.

Beschluss

Das Betriebskonzept für die Nutzung von Haus Opherdicke wird beschlossen.

Ausgehend vom Entwurf des Betriebskonzeptes für das Haus Opherdicke wird die Verwaltung beauftragt, nach einer einjährigen Einführungsphase eine umfassende Evaluation des Betriebskonzeptes durchzuführen. Auf der Basis dieser Evaluation ist, neben einer inhaltlichen Bewertung, insbesondere ein aussagekräftiger, nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen erstellter Wirtschaftsplan (NKF-Produkthaushalt) vorzulegen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 16

023/11

Vereinbarung über die Verlängerung des Vertrages zur Übertragung der Pflicht zur Abholung, Sammlung, Beförderung, Lagerung, Behandlung, Verarbeitung oder Beseitigung von tierischen Nebenprodukten mit der SecAnim GmbH, Selm

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, die Vereinbarung über die Verlängerung des Vertrages zur Übertragung der Pflicht zur Abholung, Sammlung, Beförderung, Lagerung, Behandlung, Verarbeitung oder Beseitigung von tierischen Nebenprodukten um weitere 48 Monate abzuschließen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 17

002/11

9. Änderungsverfahren (Bereich „Hustebecke“) des Landschaftsplanes Nr. 2 „Raum Werne-Bergkamen“ – Satzungsbeschluss

Beschluss

1. Der Kreistag nimmt die während der eingeschränkten Beteiligung gem. § 29 Abs. 2 i.V. mit § 27 c Abs. 2 Satz 2 Landschaftsgesetz (LG) zum vereinfachten Änderungsverfahren des Landschaftsplanes Nr. 2 „Raum Werne-Bergkamen“ vorgebrachten Anregungen, Bedenken und Hinweise zur Kenntnis und beschließt die Prüfungsergebnisse, die in der Anlage aufgeführt sind.
2. Der Landrat wird beauftragt, die Einwender von diesem Ergebnis zu unterrichten.
3. Auf der Grundlage der vorstehenden Beschlüsse beschließt der Kreistag auf Grund des § 29 LG in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.07.2000, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 16. März 2010 (GV NW S. 185) und der §§ 5 und 26 der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 646) die 9. Änderung des Landschaftsplanes Nr. 2 des Kreises Unna „Raum Werne-Bergkamen), bestehend aus Karten- und Textteil (Anlage) als Satzung.
4. Der Landrat wird zugleich beauftragt, die Landschaftsplanänderung (nebst eingegangenen Anregungen und Bedenken sowie der entsprechenden Stellungnahmen) der Bezirksregierung Arnsberg anzuzeigen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (3 Nein-Stimmen der FDP-Fraktion)

Punkt 18

037/11

Anzeige von Nebentätigkeiten des Landrates gem. § 18 Korruptionsbekämpfungsgesetz NRW

Die Anzeige des Landrates wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 19

039/11

Übernahme einer Ausfallbürgschaft für die Gemeinde Bönen (Inlogparc) zugunsten der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises Unna mbH (WFG)

Beschluss

Der Kreis Unna übernimmt die erforderliche Ausfallbürgschaft für drei Darlehen in Höhe von insgesamt 5 Mio. €, gestaffelt in zwei Teilbeträgen in Höhe von jeweils 2 Mio. € und einem Teilbetrag in Höhe von 1 Mio. €, welches die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises Unna mbH (WFG) für die weitere Entwicklung des Projekts „Inlogparc“ in Bönen für Investitionen für den Grunderwerb, Erschließungsmaßnahmen und den Hochwasserschutz aufnimmt.

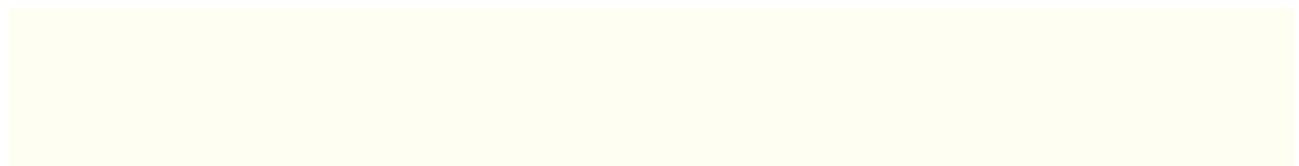
Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 20

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen im öffentlichen Teil der Sitzung ergeben sich nicht.



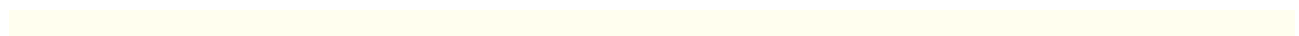
Nicht öffentlicher Teil

Punkt 21

052/11

Erstellung eines grundsicherungsrelevanten Mietspiegels und eines Heizspiegels für den Kreis Unna

– Vergabe des Auftrags –



Punkt 22

033/11

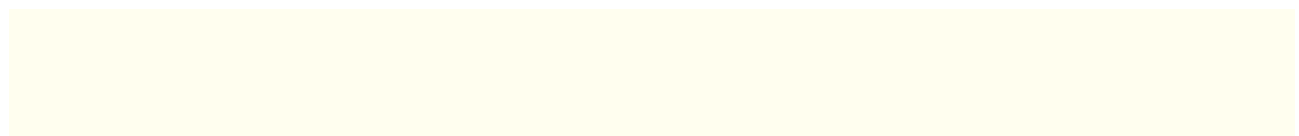
Grunderwerb im Bereich der stillgelegten Bahntrasse Unna–Welter zum Bau eines Radweges sowie Erwerb weiterer Flächen von der DB Netz AG



Punkt 23

053/11

Erwerb einer Tauschfläche für den Bau des Radweges entlang der Kreisstraße K 27 in Holzwickede-Opferdicke



Anlage

Liste zum Beratungsablauf der offenen Konsolidierungsoptionen

Ende der Sitzung 19.10 Uhr

Makiolla

Vorsitzender

Bierwolf-Siegrist

Schriftführerin